

Fachbereich
Gleichstellungsbeauftragte

Euskirchen, 28.06.2021

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr.: 259/2021

öffentlich

Betreff:

Häusliche Gewalt / Gewalt gegen Frauen in Euskirchen

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Einst	Ja	Nein	Enth	Beschluss- vorschlag	abweichend er Beschluss
APeG	06.09.2021						

Kosten der Maßnahme: €

Erträge der Maßnahme: €

im Haushaltsplan veranschlagt:

Ja

Nein

im Wirtschaftsplan veranschlagt:

Ja

Nein

Mittel stehen zur Verfügung:

Ja

Nein

ggf. Deckungsvorschlag:

jährlicher Folgeaufwand/-ertrag: €

weiterer Folgeaufwand/-ertrag:

Zustimmung der Revision liegt vor.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Personal und Gleichstellung beauftragt die Verwaltung in Kooperation mit dem Verein Frauen helfen Frauen e.V. den gestiegenen Unterstützungsbedarf der Frauenberatungsstelle und des Schutzhauses für Frauen zu ermitteln und dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorzulegen. Hierzu soll eine Mitarbeiterin des Vereines Frauen helfen Frauen e.V. eingeladen werden.

Sachdarstellung:

Mit dieser Vorlage möchte die Gleichstellungsbeauftragte die Bedeutung des Themas „Häusliche Gewalt / Gewalt gegen Frauen in Euskirchen“ aufzeigen, über Strukturen und Aktionen vor Ort informieren und die Rolle und Handlungsmöglichkeiten der Kommune beleuchten.

Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland stark verbreitet, sie betrifft Frauen allen Alters und aus allen sozialen Schichten. Die mit zwei Dritteln „alltäglichsste“ Form der Gewalt ist dabei die Körperverletzung, Täter sind in über der Hälfte der Fälle (Ex-)Partner oder Männer aus dem nahen sozialen Umfeld.

Eine aktuelle Studie zeigt, dass die Berichterstattung über Gewalt gegen Frauen in deutschen Medien oft auf den „Einzelfall“ fixiert bleibt, strukturellen Hintergründen wird wenig Raum gegeben. „Familiientragödie“ oder „Ehedrama“ verlieren als verharmlosende Begriffe an Bedeutung. Gewalt gegen Frauen und vor allem Gewalt in Beziehungen ist immer noch ein großes Tabu – in der Gesellschaft wie auch bei den Medienschaffenden. Zur Studie:

[Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten \(otto-brenner-stiftung.de\)](https://www.otto-brenner-stiftung.de/Tragische-Einzelfaelle-Wie-Medien-ueber-Gewalt-gegen-Frauen-berichten)

Viele Studien belegen, dass häusliche Gewalt weit überwiegend von Männern an Frauen verübt wird, aber auch Männer Opfer werden können. Leben Kinder in der häuslichen Gemeinschaft, sind sie immer direkt oder indirekt betroffen.

Frauenberatungsstelle des Vereins Frauen helfen Frauen e.V.

Auch im Kreis Euskirchen ist Gewalt in vielen Familien trauriger Alltag: Im Jahr 2020 meldeten sich über 100 Frauen bei der Frauenberatungsstelle, die aktuell von häuslicher Gewalt betroffen waren. In den meisten Fällen sind minderjährige Kinder mitbetroffen. 76 Frauen und Mädchen fanden 2020 den Weg in die Beratungsstelle, weil sie aktuell oder in der Vergangenheit sexualisierte Gewalt erlebt hatten. Diese Zahlen bilden nur die Spitze des Eisberges ab.

Die Frauenberatungsstelle ist für den gesamten Kreis Euskirchen zuständig. Die Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstelle gehen davon aus, dass nach wie vor ein großer Teil der Betroffenen nicht den Weg in die Beratungsstellen finden. Gerade für Frauen aus dem Südkreis ist es aufwändig und manchmal sogar unmöglich, den Weg in die Beratungsstelle anzutreten. Umso wichtiger ist es mit niedrigschwelligen Aktionen auf das Thema aufmerksam zu machen und diejenigen zu erreichen, die Hilfe benötigen oder für andere um Hilfe bitten möchten.

Brötchentütenaktion - Gewalt kommt bei uns nicht in die Tüte!

In Bäckereien im Kreis Euskirchen werden seit einigen Monaten von der Frauenberatungsstelle gestaltete Brötchentüten mit dem Aufdruck „Gewalt kommt bei uns nicht in Tüte!“ über die Ladentheke gereicht. Den Anfang machte die Bäckerei Lennartz in zwei ihrer Euskirchener Filialen. Mit dieser Brötchentüten-Aktion werden Notrufnummern und Informationen zu Hilfen auf einfachem Wege in möglichst viele Haushalte gebracht - gerade in Zeiten von Lockdown und auch für Frauen und Mädchen, die ansonsten wenige Kontakte nach außen haben.

Mit der Brötchentüten-Kampagne soll das Thema ins Bewusstsein der Menschen getragen werden und die Scheu Betroffener gemildert werden. Wer sich Sorgen um die Nachbarin, Arbeitskollegin oder Freundin macht, kann sich ebenfalls an die auf den Brötchentüten aufgedruckten Telefonnummern wenden.

Um die Hilfsangebote in möglichst viele Haushalte zu bringen, sucht die Beratungsstelle weitere Betriebe, die sich an der Aktion beteiligen möchten. Auch eine finanzielle Unterstützung der Aktion in Form von Spenden oder Sponsoring ist herzlich willkommen. Die Aktion soll bis zum Ende des Jahres 2021 laufen. Der Frauenberatungsstelle ist es ein besonderes Anliegen, auch Kooperationsbetriebe im südlichen Kreis Euskirchen zu finden, um das Hilfsangebot dort bekannter zu machen. Im Rahmen der Brötchentüten-Aktion wird daher insbesondere auf telefonische Angebote verwiesen.

Der Jahresbericht der Frauenberatungsstelle für das Jahr 2020 ist der Vorlage beigelegt. Weitere Informationen unter: [Frauen helfen Frauen e.V. \(frauen-helfen-frauen.eu\)](http://frauen-helfen-frauen.eu)

Runder Tisch gegen Häusliche Gewalt im Kreis Euskirchen

Der Runde Tisch gegen Häusliche Gewalt im Kreis Euskirchen, in dem die Kreisstadt Euskirchen durch die Gleichstellungsstelle vertreten ist, wurde 2005 als ein Kooperationsprojekt von Fachkräften der Verwaltung, von Verbänden, Vereinen und Beratungsstellen in öffentlicher, freier und kirchlicher Trägerschaft, der Polizei, dem Gesundheitswesen und der Rechtspflege gegründet. Ein Organisationsteam koordiniert die Aktivitäten der Arbeitsgruppen und bereitet die Plenumssitzungen vor. Die Zusammenarbeit wird sichtbar an den gemeinsam herausgegebenen Handlungsempfehlungen, dem Faltpapier für Hilfesuchende und öffentlichen Fachtagungen.

Ziel des Gremiums ist eine fachliche Vernetzung und strukturierte Zusammenarbeit, durch die zu einer Sensibilisierung gegenüber häuslicher Gewalt und zu deren gesellschaftlicher Ächtung beigetragen wird. Gemeinsam sollen Rahmenbedingungen geschaffen, erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden, um Schutz und Unterstützung von Opfern häuslicher Gewalt und ihren Kindern gewährleisten zu können.

Der Runde Tisch „feierte“ im letzten Jahr sein 15-jähriges Jubiläum. Aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie konnte dies nicht mit einem persönlichen Austausch oder einer Fachveranstaltung gewürdigt werden. Daher waren alle Beteiligten eingeladen, sich anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November an einer Fotoaktion des bundesweiten Hilfetelefon zu beteiligen.

Auch Bürgermeister Sacha Reichelt und die Gleichstellungsbeauftragte beteiligten sich an dieser Aktion, um so ihren Respekt vor den Opfern häuslicher Gewalt zu zeigen. Nach „Feiern“ war jedoch keinem der Teilnehmenden zumute, da die langjährige Notwendigkeit der vielen Runden Tische bundesweit verdeutlicht, wie hoch die Zahl der Betroffenen ist. Mittlerweile hat sich auch gezeigt, dass gerade die Corona-Krise zu einem weiteren Anstieg der häuslichen Gewalt geführt hat. Da auch die Hochwasser-Katastrophe eine große Belastung für Familien und Partnerschaften darstellt, ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Informationen zum Runden Tisch gegen häusliche Gewalt im Kreis Euskirchen:
www.euskirchen-gegen-haeusliche-gewalt.de

Beteiligung bei der Landesweiten Aktionswoche des MHKBG NRW

In diesem Jahr jährt sich zum 40-ten Mal der „Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen“. Daher wird landesweit mit unterschiedlichen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen das Thema „Gewalt an Frauen“ stärker in das Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung gerückt und gezielt auf örtliche Schutz- und Unterstützungsangebote aufmerksam gemacht. Im Rahmen der Aktionswoche

werden vielfältige Veranstaltungen und Aktionen wie Fachvorträge, Kulturveranstaltungen, Diskussionsrunden, Aktionen im öffentlichen Raum und Kampagnen im Netz zeitgleich stattfinden.

Der Runde Tisch gegen häusliche Gewalt hat als zuständiges Gremium für den Kreis Euskirchen die hierfür vorgesehenen Fördermittel beim Land beantragt und plant in der Woche um den 25. November eine digitale Fortbildungsreihe mit den Themen:

- Traumata
- Sexuelle Gewalt
- Istanbul-Konvention
- Digitale Gewalt
- Dilemma-Kompetenz

Eine Teilnahme an den Veranstaltungen ermöglicht es allen Interessierten einen guten Überblick über den Sachstand in den verschiedenen Themenfeldern zu bekommen und örtlichen Akteur*innen und Problemlagen noch besser kennen zu lernen. Weitere Informationen unter:

[Runder Tisch gegen häusliche Gewalt im Kreis Euskirchen \(euskirchen-gegen-haeusliche-gewalt.de\)](http://euskirchen-gegen-haeusliche-gewalt.de)

Projekt Rote Bank - „La Panchina rossa“

Um Menschen über das Thema „geschlechtsspezifische Gewalt“ zu informieren und dafür zu sensibilisieren, wurde 2016 in Italien das Projekt "La Panchina rossa" (Die rote Bank) ins Leben gerufen. Seither sind rote Bänke in vielen italienischen Städten zu sehen. In Deutschland gibt es unter anderem in Freiburg und Potsdam „Rote Bänke“:

<https://frig-freiburg.de/aktuelles/2020/die-rote-bank-auf-dem-rathausplatz/>

<https://www.bildungsforum-potsdam.de/content/zum-frauentag-einweihung-der-aktion-die-rote-bank-als-zeichen-gegen-gewalt-frauen-0>

Die Gleichstellungsstelle des Kreises und der Stadt Euskirchen planen eine Aufstellung von „Roten Bänken“ als ergänzende Beteiligung an der Landesweiten Aktionswoche des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung. Die Bänke können dauerhaft platziert werden oder „durch die Stadt wandern“.

Datenbasis zur hohen Dunkelziffer - Dunkelfeldstudie „Sicherheit und Gewalt in Nordrhein-Westfalen“

Im September 2019 hatten 60.000 Bürgerinnen und Bürger in 81 Städten in Nordrhein-Westfalen Post erhalten: Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung und das Ministerium des Innern hatten die großangelegte Dunkelfeldstudie für Nordrhein-Westfalen gestartet. Im November 2019 lagen dann die Ergebnisse vor, die das Landeskriminalamt innerhalb eines halben Jahres ausgewertet hat.

Neben anderen Bereichen, wie etwa das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum, wurden Erfahrungen mit Gewaltkriminalität – unabhängig vom Anzeigeverhalten der Opfer – abgefragt. Hier zeigte sich, dass Gewalterfahrungen zumeist in privaten oder beruflichen Zusammenhängen gemacht werden und eher selten im Bildungs- und Gesundheitswesen. Aus Gewalterfahrungen resultieren nicht selten körperliche und emotionale bzw. psychische Belastungsfolgen.

Die Anzeigequoten liegen abhängig von der Gewaltform zwischen Null und rund 50 Prozent. Am höchsten ist die Anzeigequote bei körperlicher Gewalt. Die Anzeigequoten bei Gewaltkriminalität sind im Vergleich etwa zu denen bei Eigentums- und Vermögensdelikten gering. Dies betrifft insbesondere Formen von Gewalt wie zum Beispiel psychische Gewalt, sexuelle Gewalt und Delikte, die im sozialen Nahraum (zum Beispiel Gewalt in Partnerschaften) aufgetreten sind. Die Gründe, aus denen nach einer Gewalterfahrung auf eine Anzeige bei der Polizei verzichtet wurde, sind vielfältig.

Nur wenige Gewaltbetroffene nehmen in Folge einer Gewalterfahrung professionelle Hilfe- und Unterstützungsangebote oder private Unterstützung in Anspruch. Deutlich häufiger wurde private Unterstützung (40 Prozent) etwa durch die Partnerin / den Partner, die Familie oder bei Freundinnen / Freunden gesucht. Mehr als jede zehnte von Gewalt betroffene Person nimmt Hilfe und Unterstützung jedoch auch deshalb nicht in Anspruch, da ihr nicht bekannt ist, an wen sie sich wenden könnte. Die Bekanntheit von Hilfeangeboten für Gewaltbetroffene variiert stark. So sind etwa Angebote für Frauen, zum Beispiel Frauenhäuser – 87 % Bekanntheitsgrad, die Institution WEISSER RING e.V. und polizeiliche Hilfeangebote relativ verbreitet bekannt. Angebote für Männer oder die Anonyme Spurensicherung kennen die meisten Bürgerinnen und Bürger dagegen nicht.

Nach Ansicht des MHKBG ist eine wichtige Erkenntnis aus den Ergebnissen der Studie, dass die Präventionsarbeit weiter ausgebaut werden muss. Gewaltopfer bringen Straftaten zu wenig zur Anzeige. Sexuelle Übergriffe seien keine Kavaliersdelikte und nicht die Schuld der Opfer. Hier sind Opfer noch mehr zu ermutigen, sich an die Polizei zu wenden und die Tat anzuzeigen, auch um sich und andere vor weiteren Gewalttaten zu schützen“.

Gewaltopfer müssen wissen, an wen sie sich wenden können, um zeitnah passgenaue Hilfe und Unterstützung zu erhalten. Aus diesem Grund hat die Landesregierung ein Opferschutzportal für gewaltbetroffene Frauen und Männer und deren Angehörige ins Leben gerufen. Zudem gibt es seit rund einem halben Jahr ein Männerhilfetelefon. Dieses ist deutschlandweit in dieser Form das einzige und erste Beratungsangebot für gewaltbetroffene Männer.

Informationen zur Studie:

<https://www.mhkgb.nrw/themen/gleichstellung/schutz-unterstuetzung/dunkelfeldstudie-zu-gewalt>

Resümee

Es ist eine sehr bedrückende Tatsache, dass ausgerechnet das eigene Zuhause für Frauen der gefährlichste Ort sein kann und es, wie die Dunkelfeldstudie des Landes NRW zeigt, eine sehr hohe Dunkelziffer gibt, da viele Opfer die Straftaten nicht anzeigen. Umso wichtiger ist es, mit dem Runden Tisch gegen Häusliche Gewalt eine etablierte kommunale Koordinierungsstelle und eine gut vernetzte Infrastruktur an niedrigschwelligen und wirksamen Hilfsangeboten vorzuhalten. Die Stadt schließt sich hier der Stellungnahme des Kreises zum Entwurf des „NRW-Paktes gegen Gewalt“ an, dass es vor diesem Hintergrund keiner weiteren Organisationsstruktur auf Kreisebene bedarf.

Um die Arbeitsfähigkeit dieses wichtigen Netzwerkes sicherzustellen müssen die einzelnen Hilfsangebote aber auch durch die Kommune weiter aktiv begleitet und unterstützt werden. Ideell, organisatorisch und - bei Bedarf - auch finanziell. Daher soll in einem ersten Schritt untersucht werden, wie die Ressourcen der Frauenberatungsstelle und des Schutzhauses für Frauen bedarfsgerecht ausgebaut werden können. Dies gibt den Akteur*innen die erforderliche

Planungssicherheit und stellt damit einen wichtigen Schritt in der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen dar.

Denn häusliche Gewalt ist eben keine „Privatsache“, sondern geht uns alle an. Erforderliche Hilfen für die Opfer und Präventionsarbeit sind eine öffentliche Aufgabe und benötigen daher auch öffentliche Unterstützung. Gerade in der Kommune.

Im Auftrag

Brieden